

OA-Update / 1, 17. Januar 2022

Osteuropa



Im Dezember 2021 feierte die Deutsche-Ukrainische Industrie- und Handelskammer in Kiew (AHK) ihr fünfjähriges Bestehen. Der Ost-Ausschuss gratuliert ganz herzlich zu diesem Jubiläum und wünscht viele weitere Jahre erfolgreiche Arbeit. Die Gratulation des Ost-Ausschuss Geschäftsführers Michael Harms finden Sie hier:

[Ost-Ausschuss Geschäftsführer Michael Harms gratuliert zum 5-jährigen Jubiläum der AHK Ukraine - YouTube](#). Die Debatte um die Ukraine wird weiterhin insbesondere durch sicherheitspolitische Entwicklungen und die Spannungen mit Russland geprägt. In Belarus soll eine Verfassungsreform den gesellschaftlichen Frieden wieder herstellen. Außerdem hat die belarussische Regierung zum 1. Januar 2022 Gegenmaßnahmen bei Lebensmitteln und Agrargütern gegen die europäischen Wirtschaftssanktionen eingeführt. In Moldau steht weiterhin das künftige Verhältnis mit dem russischen Gaslieferanten Gazprom zur Debatte. Armenien hat seinen Einfuhrstopp für türkische Waren auslaufen lassen und Aserbaidtschan möchte mit einem neuen fünfjährigen Wirtschaftsprogramm privates Unternehmertum und das Wachstums des Nicht-Ölsektors stärker fördern.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

Region / Covid19

In den Ländern der Region Osteuropa ist die **aktuelle Infektionslage** im Vergleich zu West- und Mitteleuropa trotz der Omikron-Variante noch relativ moderat. Die Sieben-Tage-Infektionszahlen je 100.000 Einwohnern pendeln zwischen 32 bis rund 150 Personen. Allein Georgien weist mit einer Sieben-Tage Inzidenz von 650 ein höheres Infektionsniveau auf. Die Dynamik flaute zum Ende des Jahres 2021 ab, gewinnt jedoch aktuell wieder an Fahrt. Die Länder setzen bei der Einreise weiter auf Impfnachweise und/oder negative PCR-Tests. Der Grenzverkehr ist vor diesem Hintergrund möglich. Keines der Länder wird aktuell durch das Robert-Koch-Institut als Virusvariantengebiet ausgewiesen. Belarus und Georgien gelten als Hochrisikogebiete. Aktuelle Hinweise, auch zur Einreise nach Deutschland, finden Sie auf den Seiten des Robert-Koch-Instituts: [RKI - Coronavirus SARS-CoV-2 - Informationen zur Ausweisung internationaler Risikogebiete durch das Auswärtige Amt, BMG und BMI](#)

Region / Gipfel der Östlichen Partnerschaft

Am 15. Dezember 2021 hat in Brüssel das **sechste Gipfeltreffen der Länder der Östlichen Partnerschaft** und der Europäischen Union stattgefunden. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes bewertet die Ergebnisse des Treffens, das die Kooperation mit den Ländern Armenien, Aserbaidschan, Georgien und der Republik Moldau verbessern soll, wie folgt:

„Es ist gut, dass die **Europäische Union** anlässlich des Gipfeltreffens mit den Staaten der Östlichen Partnerschaft **ein umfangreiches Programm zur weiteren wirtschaftlichen Unterstützung der Partnerländer beschlossen** hat. Dazu gehören Wirtschaftshilfen zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie ebenso wie Investitionen in die digitale und Verkehrsinfrastruktur. **Damit kann der Ausbau der Handelsbeziehungen zwischen den östlichen Partnern und der EU unterstützt werden.** Durch diese Länder laufen zudem wichtige Transitrouten für den europäisch-asiatischen Handel. Sie sollten daher prioritär in die neue EU-Konnektivitätsstrategie „Global Gateway“ eingebunden werden.“ Die Partnerschaft mit der belarussischen Regierung ist derzeit suspendiert. Der Dialog mit den Oppositionskräften wird gepflegt. Das vollständige Statement finden Sie auf der [Ost-Ausschuss Website](#).

Ukraine

Die Lage im Verhältnis zur Russischen Föderation bleibt weiter angespannt. Die russische Führung möchte verhindern, dass die Ukraine sich weiter der NATO annähert und perspektivisch ein Mitglied des Bündnisses wird. In der zweiten Januarwoche trafen in diesem Zusammenhang Vertreter der USA und Russlands zu **Gesprächen in Genf** zusammen, um Lösungen am Verhandlungstisch zu finden. Parallel werden allerdings durch Moskau immer wieder auch militärische Optionen angedeutet, die unter anderem durch die Konzentration russischer Truppen an der ukrainischen Ostgrenze unterstrichen werden. **In einem Ukraine-Briefing des Ost-Ausschusses zur aktuellen Lage am 15. Dezember 2021** äußerte sich die deutsche Botschafterin in Kiew Anka Feldhusen

jedoch optimistisch, dass es nicht zu einem eskalierenden Konflikt kommen werde. Die Ukraine sei in vielen Bereichen besser aufgestellt und resilienter, als dies im Jahr 2014 der Fall gewesen sei. Hinzu käme, dass sich die Partner der Ukraine deutlich und eindeutig zu den Folgen eines weiteren militärischen Eingreifens Russlands geäußert hätten.

Vor dem Hintergrund der Truppenkonzentration und Forderungen Russlands an die NATO-Staaten, militärische Präsenz in Osteuropa zu reduzieren und eine NATO-Mitgliedschaft verbindlich auszuschließen, **haben am 10. Januar 2022 bilaterale Gespräche zwischen US-amerikanischen und russischen Unterhändlern stattgefunden. Es sollen weitere Dialogformate mit Russland folgen, um die Krise zu lösen.**

Das ukrainische Parlament hat im Dezember 2021 den **Staatshaushalt für das Jahr 2022** in zweiter Lesung gebilligt. Es geht von einem Budgetdefizit in Höhe von 3,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes aus. Einnahmenseitig rechnet man auf Grund gestiegener Preise mit höheren Einnahmen insbesondere aus Steuern und Gebühren aus dem Öl- und Gashandel. **Größere Ausgabensteigerungen sind im Bereich von Infrastrukturmaßnahmen und für Lohnsteigerungen im medizinischen Bereich vorgesehen.** Da vor der Verabschiedung des Haushaltsentwurfs die noch ausstehende Tranche aus dem laufenden Programm mit dem Internationalen Währungsfonds ausgezahlt wurde, deuten darauf hin, dass die wichtigsten Parameter des verabschiedeten Gesetzentwurfs mit den Vorgaben des internationalen Kreditgebers übereinstimmen.

Das ukrainische Parlament hat im November das neue **Mediationsgesetz verabschiedet.** Dies soll das Rechtssystem entlasten und definiert erstmals Leitplanken zur Anwendung von Mediationsverfahren als freiwilliges und außergerichtliches Instrument bei Streitigkeiten im Zivil-, Arbeits-, Familien-, Handels- sowie Verwaltungsrecht und anderen Bereichen. Unter bestimmten Bedingungen können Mediationsverfahren auch in Strafprozessen zur Anwendung kommen. **In den nächsten Wochen und Monaten sollen die notwendigen Änderungen in Verfahrensordnungen, im Arbeitsgesetzbuch und anderen relevanten Regelungen entsprechend angepasst werden.**

Die **Exportsteuer für Schrott** wird in der Ukraine von 58 Dollar auf 180 Dollar je Tonne erhöht. Die Exportpreise für Schrott sind im Jahr 2021 stark gestiegen und belasteten ukrainische Verbraucher und lagen zwei Drittel über dem Niveau von 2020 (Jan-Okt 2021: 376 Dollar je Tonne; Jan-Okt 2020: 226 Dollar je Tonne). **Mit der Zollerhöhung, die zunächst bis zum September 2026 gelten soll, sollen vor allem heimische Stahlproduzenten unterstützt werden.**

Die Kommission zur **Auswahl des Leiters der Spezialisierten Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft (SAPO)** hat es auf ihrer Sitzung am 21. Dezember nicht geschafft, die Personalie zu klären. Von den zwei Kandidaten erhielt Oleksandr Klymenko, ein Beamter des Nationalen Antikorruptionsbüros (NABU), 246 Punkte, während sein Konkurrent von der Generalstaatsanwaltschaft, Andriy Syniuk, 229 Punkte erhielt. **Obwohl Klarheit über den Gewinner des Auswahlverfahrens besteht, hat der Ausschuss nicht für ihn gestimmt.** Nach einer zehnstündigen Sitzung beschloss die Kommission, die endgültige Abstimmung mit Verweis auf Verfahrenserfordernisse zu verschieben. Die Forderung nach einer „raschen“ Auswahl des SAPO-Leiters wurde in einer gemeinsamen Erklärung von US-Präsident Biden und dem ukrainischen Präsidenten Selenskij am 1. September 2021

geäußert. Insbesondere westliche Partner dringen auf eine rasche, transparente und unabhängige Besetzung des Postens.

Belarus

In Reaktion auf die ausgeweiteten Sanktionen der Europäischen Union aus dem November hat Belarus mit **Gegensanktionen** reagiert (Erlass Nummer 700). Mit Verordnung vom 6. Dezember 2021 gelten ab dem 1. Januar 2022 bestimmte Einfuhrrestriktionen für Waren aus der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten, den Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada, Norwegen, Albanien, Island, Nordmazedonien, Großbritannien und Nordirland, Montenegro und der Schweiz.

Betroffen sind lebende Schweine, Schweine- und Rindfleisch(produkte), Geflügel(produkte) sowie Milch(produkte), Gemüse, Obst und bestimmte Süßwaren.

Die belarussische Führung arbeitet an einem **Entwurf für eine erneuerte Verfassung**, die u.a. die Amtszeit des Präsidenten begrenzen soll und Kompetenzen, z.B. zur Ernennung des Premierministers, auf das Parlament übergehen. Eine „Allbelarussische Versammlung“ soll daneben als weiteres Element in der Staatsstruktur etabliert werden. Die genaue Position und Legitimation im Institutionengefüge sind jedoch noch unklar. Zudem soll die Regelung verändert werden, dass Kandidaten für das Präsidentenamt künftig mindestens 20 Jahre im Land gelebt haben müssen. **Der neue Entwurf soll im Frühjahr der Bevölkerung zur Abstimmung vorgelegt werden.**

Am 3. Januar 2022 wurde der **belarussische Haushalt** unterzeichnet. Dieser plant mit Einnahmen in Höhe von 27,8 Milliarden Rubel und Ausgaben in Höhe von knapp 30,8 Milliarden Rubel. **Insgesamt sind 900 Millionen Rubel als Reservemittel eingestellt worden, um externe Schocks abfedern zu können.** Nach Angaben des Finanzministeriums steigen die Sozialausgaben um 45 Prozent. Die Ausgaben für Löhne und Gehälter sollen im Vergleich zu 2021 um 1,7 Milliarden Rubel, plus 600 Millionen an Sonderleistungen, steigen. Außerdem sind 600 Millionen Rubel für zusätzliche Zahlungen vorgesehen. Gesundheitsausgaben sollen bei 8,4 Milliarden Rubel liegen, Bildungsausgaben sollen sich auf 8,6 Milliarden Rubel belaufen. Um Staatsschulden zu begleichen werden 6,9 Milliarden Rubel veranschlagt und für Zinszahlungen 3,5 Milliarden Rubel. **Geplant wird mit einem Haushaltsdefizit von etwa 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.**

Republik Moldau

Die Kommission für Notfallsituationen (CSE) der Republik Moldau befasste sich am 11. Januar 2022 mit der **Gasversorgung** des Landes. Insbesondere beschäftigte sich die Kommission mit den nächsten Schritten zur Zahlung offener Rechnungen an den Versorger Moldovagaz, um die Sicherstellung der Gasversorgung zu gewährleisten. Neben längerfristigen Maßnahmen zur Energieeffizienz und Versorgungsdiversifizierung wurde auch beschlossen, Fristen für ausstehende Zahlungen moldauischer Verbraucher bis Ende Januar 2022 zu verlängern. Geprüft wird auch, ob steigende Tarife für Endverbraucher ggf. über Ausgleichszahlungen abgedeckt werden können. **Zugleich gab die moldauische Regierung eine unabhängige Auditierung der Verbindlichkeiten von Moldovagaz an Gazprom in Auftrag.**

Die **Nationale Agentur für Autotransport** in Moldau erweitert ihr digitales Dienstleistungsangebot ab April 2022. **Die entsprechende Plattform „e-transport authorization“ soll im Frühjahr online gehen.** Mit der neuen Zugangsmöglichkeit treibt Moldau die Modernisierung seiner Verwaltung und der öffentlichen Dienste voran und Antragsstellern wird die Interaktion mit der Behörde erleichtert.

Laut einer Analyse von Experten der **Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO)** verfügt die **Republik Moldau nicht über einen wirksamen Mechanismus zur Koordinierung der Anpassung an den Klimawandel.** Erforderliches Wissen über die mit dem Klimawandel verbundenen Risiken und Anfälligkeiten sei nur unzureichend vorhanden. Die Analyse bezieht sich auf die Fähigkeit der für die Landwirtschaft zuständigen nationalen und regionalen Institutionen, den Prozess der Anpassung an den Klimawandel im Land zu koordinieren, und hebt die Lücken und Zwänge hervor, die den Fortschritt bei der Planung und Umsetzung der Anpassung in der Landwirtschaft behindern.

Armenien

Der **Einkommenssteuersatz** in Armenien wurde zum 1. Januar 2022 von 22 auf 21 Prozent gesenkt. Im Jahr 2019 verabschiedete das armenische Parlament ein Gesetz zur Einführung von pauschalen Einkommenssteuersätzen, die jedes Jahr um je ein Prozent sinken, **mit dem Ziel von 20 Prozent im Jahr 2023.**

Das armenische Wirtschaftsministerium hat am 30. Dezember 2021 mitgeteilt, dass das **Einfuhrempargo für türkische Waren nach Armenien nicht verlängert wird.** Das Einfuhrempargo führte im Jahr 2021 dazu, dass in der Leichtindustrie, bei Baumaterialien, in der Möbelproduktion sowie in der Landwirtschaft die armenische Produktion stieg. Negativ wirkte sich das Embargo auf die Inflation aus, da sich verschiedene Importgüter verteuerten. Unter anderem armenische Wirtschaftskreise forderten die Aufhebung. Dieser Schritt ist wichtig, um die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern zu normalisieren. **Das Embargo galt seit dem 20. Oktober 2020 bis einschließlich zum 31. Dezember 2021.**

Aserbaidshon

Der aserbaidshonische Wirtschaftsminister Mikayil Jabbarov hat am 6. Januar 2022 die **aserbaidshonische Wirtschaftsstrategie bis 2026** vorgestellt. Das durchschnittliche jährliche Bruttoinlandsprodukt soll um 3,9 Prozent steigen. Das Wachstum im Nicht-Öl-Sektor soll mit fünf Prozent höher ausfallen. In diesem Zuge solle auch das nominale Pro-Kopf-BIP im Vergleich zum jetzigen Zeitraum um das 1,3-fache steigen. **Dabei soll vor allem die Abhängigkeit vom Erdöl zurückgefahren werden, indem die internationale Wettbewerbsfähigkeit der anderen Sektoren gesteigert wird.**

Effizienzsteigerungen im öffentlichen Sektor und bei staatlichen Unternehmen sollen das erste Feld der Aktivitäten sein. Im zweiten Bereich sollen öffentlich-private Partnerschaften in allen Wirtschaftssektoren und die aktive Beteiligung des Privatsektors an der Umsetzung öffentlicher Projekte gefördert werden. Drittens sollen die allgemeinen

Rahmenbedingungen für Unternehmensaktivitäten verbessert werden. Letztlich setzt Aserbaidschan auf die Digitalisierung und die Ausweitung der Bildungsausgaben.

Georgien

Das georgische Parlament hat am 17. Dezember 2021 den **aktualisierten Staatshaushalt 2022 für Georgien verabschiedet**, der mit einem prognostizierten Wirtschaftswachstum von sechs Prozent geplant ist. Der Haushalt beläuft sich auf 19,1 Milliarden Lari (rund 5,4 Milliarden Euro). Für das kommende Jahr ist die Erhöhung der Gehälter für Lehrer sowie die Erhöhung der Renten und der staatlichen Zahlungen für Kriegs- und Militärveteranen geplant. **Die Verschuldungsgrenze der Regierung wird für 2022 auf 51,1 Prozent des BIP oder 32,16 Milliarden Lari (rund 9,1 Milliarden Euro) festgesetzt.** Die **drei größten Ausgabenposten sind in diesem Jahr das Gesundheitswesen, der Bereich Infrastruktur sowie der Bereich Bildung.** Für **Infrastrukturprojekte sollen im Jahr 2022 Rekordmittel** in Höhe von 9,1 Prozent des BIP aufgewendet werden.

Konjunktur

Ukraine: Die **ukrainischen Warenexporte** stiegen im Oktober 2021 um 36 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 6,26 Milliarden Dollar. Das beschleunigte Wachstum wurde hauptsächlich durch die Exporte von pflanzlichen Erzeugnissen (plus 57 Prozent auf Jahresfrist) und von Eisenmetallen (plus 82 Prozent auf Jahresfrist) angetrieben. Die Wareneinfuhren stiegen im Oktober 2021 um 32 Prozent auf Jahresfrist.

Die **Verbraucherinflation** in der Ukraine erreichte im Jahr 2021 zehn Prozent, wie der Staatliche Statistikdienst am 10. Januar 2022 berichtete. 2020 betrug die Inflation noch fünf Prozent. Aufgrund anhaltend hoher Nachfragen werden steigende Rohstoffpreise und steigende Lebensmittelpreise die Inflationstreiber 2022 bleiben. Die Experten von Concorde Capital planen mit einer Jahresinflation von rund 7,5 Prozent.

Belarus: Nach Angaben der Nationalbank der Republik Belarus (NBRB) stieg zwischen Januar und November 2021 der belarussische **Export von Waren und Dienstleistungen** im Vergleich zum Vorjahr um 33,7 Prozent auf einen Wert von 44,5 Milliarden Dollar. Der Außenhandel als Ganzes belief sich im gleichen Zeitraum auf ein Volumen von 85,1 Milliarden Dollar, was einem Anstieg von 31,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Importe beliefen sich auf 40,6 Milliarden Dollar (plus 29,5 Prozent). Belarus erwirtschaftete in diesem Zeitraum nach Angaben der Nationalbank einen Exportüberschuss in Höhe von 3,9 Milliarden Dollar (Januar-November 2020: 1,9 Milliarden Dollar).

Republik Moldau: Die moldauische **Zollbehörde** meldete für das vergangene Jahr Einnahmen von mehr als 28,5 Milliarden Lei (rund 5,78 Milliarden Euro), was einem Anstieg von 26,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Der größte Anteil entfällt auf die Mehrwertsteuer, gefolgt von den Verbrauchssteuern und Zöllen. Der Anstieg der Einnahmen ist in erster Linie auf die Verbesserung der Zollkontrollen, die verbesserte Erfassung von Waren sowie auf Fortschritte im Bereich der Betrugsbekämpfung

zurückzuführen. Ein weiterer Faktor, der sich auf die Erhöhung der Haushaltseinnahmen auswirkt, sind die Maßnahmen zur Vereinfachung der Zollverfahren und zur Erleichterung des internationalen Handels durch digitalisierte/elektronische Verfahren.

Georgien: Das reale **Bruttoinlandsprodukt** (BIP) Georgiens ist im November 2021 im Vergleich zum Vorjahr um zwölf Prozent gewachsen. Zwischen Januar bis November 2021 erhöhte sich das BIP um 10,7 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, so das Nationale Statistikamt Georgiens (Geostat).

Aserbaidshans: Aserbaidshans **Exporte** beliefen sich im Jahr 2021 auf insgesamt 22,2 Milliarden Dollar, wobei der Nicht-Öl-Sektor 2,7 Milliarden Dollar ausmachte, wie das Zentrum für Analyse und Kommunikation der Wirtschaftsreformen Aserbaidshans mitteilte. Die Nicht-Öl-Exporte stiegen um 870 Millionen Dollar oder 47,2 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Jahres 2020. Von den gesamten Nicht-Öl-Exporten stiegen die Exporte von Lebensmitteln um 22,9 Millionen Dollar und beliefen sich auf 630,4 Millionen Dollar. Das aserbaidshansische Wirtschaftsministerium plant für das Jahr 2022 ein BIP-Wachstum in Höhe von vier Prozent.

Projekte

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

Veranstaltungsnachlese

Am 6. Dezember 2021 hat die letzte Veranstaltung der Reihe **Pushing Eastern Europe Forward** für das Jahr 2021 stattgefunden. Schwerpunkt war das Thema Compliance. **Christoph Lehner**, Head of Group Compliance der **Raiffeisen Bank International AG**, berichtete über aktuelle Trends im Bereich Betrug, Sanktionen und Prävention. **Dr. Christian Schefold**, Partner und Co-Head German Compliance Group bei **Dentons Europe**, stellte ausführlich die Auswirkungen des „Lieferkettengesetzes“ auf das Osteuropa-Engagement deutscher Unternehmen vor. Die **Reihe wird auch im Jahr 2022 mit der Raiffeisenbank International als Partner fortgesetzt**.

9. Dezember 2021: Das **Potenzial des IT-Sektors in der Republik Moldau** stand im Rahmen eines Briefings mit dem moldauischen Wirtschaftsminister Sergiu Gaibu und zahlreichen Unternehmensvertretern im Mittelpunkt. Lange Zeit wurde die Republik Moldau mit einer leistungsfähigen Agrarwirtschaft in Verbindung gebracht. **Vor einigen Jahren begann das Land, das IT-Ökosystem des Landes zu entwickeln - mit Erfolg. Inzwischen erwirtschaftet der IT-Sektor 3,5 Prozent des BIP.** Im Jahr 2015 waren es nur 1,5 Prozent. Die Zahl der ausländischen Investoren und Gründer steigt, und der moldauische Innovationspark zählt fast 1.000 Residenten - und verspricht weiteres Wachstum. Die Strategie stützt sich auf ein erhebliches Potenzial im IT-Sektor (F&E, Gaming), eine solide und zuverlässige Struktur und Verfahren zur Unterstützung von Investoren und Kunden, eine reformorientierte Regierung, die die Herausforderungen

annimmt und weniger Konkurrenz von weltweit führenden Technologieunternehmen in Bezug auf qualifizierte Arbeitskräfte. Die Aufzeichnung der Online-Sitzung finden Sie hier: <https://lnkd.in/eWFNm-G6>.

15. Dezember 2021: Wie geht es weiter in der Ukraine? Der Aufmarsch russischer Truppen an den Grenzen des Landes hat viele Beobachter alarmiert. Zugleich gibt es in der EU eine gewisse Ungeduld mit den Reformen im Land. Entsprechend stark war das Interesse an einem **Ost-Ausschuss-Briefing zur Lage in der Ukraine** mit der deutschen Botschafterin in Kiew Anka Feldhusen und dem Ukraine-Experten der Stiftung Wissenschaft und Politik André Härtel. Die über 70 Teilnehmer stellten viele Fragen, nicht nur zur politischen Krise, sondern auch zu Investitionschancen etwa im Bereich Erneuerbare Energien. Am Ende konnte Ost-Ausschuss-Regionaldirektor Stefan Kägebein ein relativ positives Fazit ziehen: **Trotz des enormen Drucks durch Russland und innerukrainischer Querelen etwa um ein neues Oligarchengesetz steht die Ukraine nach Ansicht der Experten relativ stabil da und kommt zumindest in Teilbereichen auch mit Reformen voran.** Die Reserven der Notenbank seien derzeit so groß wie lange nicht, die Corona-Pandemie schein einigermäßen gemeistert. Lange ausstehende Einspeisevergütungen für grünen Strom seien weitgehend bezahlt worden. Und auch ein erstes Referenzprojekt mit Beteiligung deutscher Partner zum Bezug von Wasserstoff aus der Westukraine steht in den Startlöchern. Dringend gelöst werden müssten aber Regulierungs- sowie Finanzierungsfragen für ausländische Investoren. Dann, so waren sich die Diskutanten einig, könne die Ukraine ihr enormes Potenzial für Erneuerbare Energien ausschöpfen.

Termine

- **20. Januar: Virtueller Neujahrsempfang des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft – auf persönliche Einladung**

2022 jährt sich die Gründung des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft schon zum 70. Mal. Wir werden das ganze Jahr über mit verschiedenen Veranstaltungen und Publikationen an dieses historische Ereignis erinnern und gleichzeitig Strategien für die Herausforderungen der Zukunft diskutieren. Das Jubiläumsjahr startete mit dem desjährigen Ost-Ausschuss-Neujahrsempfangs. Unsere Gäste sind die Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und der neue Staatsminister im Auswärtigen Amt Tobias Lindner. An virtuellen Stehtischen können alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer zudem zu verschiedenen Themen ins Gespräch kommen. Auch die Regionaldirektion Osteuropa bietet dann eine Vernetzungsrunde an.

- **9. Februar 2022: Beginn der Reihe „TechBridge Armenia“** mit vier Veranstaltungen im Jahr 2022 und folgenden Schwerpunkten:
 - Februar: FinTech
 - Mai: IoT, Industrie 4.0, Robotics
 - August: Gaming, VR/AR
 - Herbst: Maintenance, Cloud Migration

- **Frühjahr 2022:** Sitzungen der Länderarbeitskreise zu Belarus, Ukraine und Südkaukasus

Tipps & Links

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de wenden.

Ein **aktuelles Ranking zur Entwicklung der Corona-Lage** in allen Ost-Ausschuss-Ländern mit den Veränderungen der Infektionslage zur Vorwoche und dem prozentualen Anteil der Infizierten an der Bevölkerung finden Sie [hier](#) auf der Internetseite des Ost-Ausschusses (siehe Tabelle als pdf-Download am Ende der Übersicht).

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region:**

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidshon: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covidconomy.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Republik Moldau: [| Ministerul Afacerilor Externe și Integrării Europene al Republicii Moldova \(gov.md\)](#)

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den **aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus** inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien: <https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidshon <https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus <https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien <https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine <https://kiew.diplo.de/ua-de>

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in 29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier. Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: **Cristina Zelenac**, C.Zelenac@oa-ev.de,

Tel.: +49 30 206 167 121.

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

Kontakt

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Ukraine, Republik Moldau) wenden Sie sich gerne an:



Stefan Kägebein

Regionaldirektor Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: s.kaegebein@oa-ev.de



Sarah Guhde

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: S.Guhde@oa-ev.de

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

Presse-Kontakt: Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.
Andreas Metz
Tel.: +49 (0)30 206167-120
E-Mail: A.Metz@oa-ev.de
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)